



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Deputation der zweiten Kammer abgelehnt und bewahrt dem Fürsten Hohenlohe fortwährend sein Vertrauen. Dagegen soll dieser auf seine Entlassung bestehen, nicht sowohl weil ihm die Ultramontanen die Lust zu regieren verdorben hätten, als weil er mit seinen jetzigen Collegen weiter ein solidarisches Ministerium zu bilden für eine Unmöglichkeit halten soll. In der That soll es sich nur noch um die Auffindung eines passenden Nachfolgers handeln. Wenn man so schnell nachzugeben gesonnen war, ist dem lärmenden Vorgehen gegen die Kammer der Reichsräthe schwer ein echter Sinn abzugewinnen.

Dies ist in kurzen Worten die politische Situation von heute. Als Erscheinung, die zwar nur mittelbare Folge der Adreßdebatte ist, in derselben aber ihre feierliche Bestätigung erhalten hat, ist aber noch die Spaltung innerhalb des katholischen Clerus zu constatiren. Niemand, der die Rede Döllinger's im Reichsrath, und die leidenschaftliche Verdammung der Richtung dieses Mannes durch Jörg und Andere in der Abgeordnetenkammer mit angehört hat, wird bezweifeln, daß dieser Riß bereits ein unheilbarer geworden ist. Selbst die impertinenten Wiße, die der Militär-Curat Lucas über seinen mit der Regierung in Frieden lebenden Bischof zum Besten gab, werden von Jedem, der die Disciplin und den Corporationsgeist des katholischen Clerus kennt, geradezu als Ereigniß angesehen. Zwar ist die gemäßigtere Richtung innerhalb des Clerus bisher nur auf die höheren Schichten der Geistlichkeit beschränkt, nur ein Wölkchen, „wie eine Hand so groß“; allein sie hat schon jetzt hohe Bedeutung und birgt die Keime einer bessern Zukunft zweifellos in sich. Döllinger's Verhalten kann geradezu als bahnbrechend angesehen werden und ist vom Dank aller Wohlmeinenden begleitet gewesen.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Februar.

Daß die Weltgeschichte zwei Schritte vorwärts und dann einen Schritt rückwärts zu thun pflege, ist ein bekannter, wenn ich nicht irre zuerst von Börne ausgesprochener Satz. Seine Wahrheit hat sich in der jüngsten deutschen Geschichte neu bewährt.

Seit dem Schluß des Zollparlaments von 1868 befinden wir uns in einer Periode der Reaction gegen die großen Ereignisse von 1866 und diese hat, wenn nicht alle Anzeichen trügen, im abgelaufenen Monat ihr Zenith

erreicht. Nachdem die Regierungen von Sachsen und Württemberg ihnen den Weg gewiesen, haben die Lords und Gemeinen der bayerischen Monarchie sich unter Vortritt eines protestantischen Geistlichen zu dem erhebenden Bekenntniß geeinigt, daß Bayern über Deutschland geht und daß der Süden des Vaterlandes keinen Antheil haben will, an der Neugestaltung und Erhebung der Nation, welche Jahrhunderte lang der Spott des Auslandes gewesen. Fürst Hohenlohe, der zwischen der nationalen Haltung Badens und dem schwäbischen Particularismus die Mitte zu nehmen und eine heilsame Lösung der süddeutschen Frage für bessere Tage offen zu halten gesucht hatte, ist aus seiner letzten Position geworfen und zu einem Rücktritt genöthigt worden, der sechs Wochen früher ungleich würdiger und sicherer genommen worden wäre. Es handelt sich nur noch darum, ob ein clerical-particularistisches oder ein rein bureaukratisches Ministerium an die Spitze der bayerischen Geschäfte treten soll, um die souveräne Selbständigkeit dieses Staats bis an das bekannte Ende der Tage zu wahren.

Wann wird dieses „Ende“ anfangen? Unserer Meinung nach erst, wenn man im Norden mit der Illusion einer freiwilligen und allmächtigen Ueberbrückung des Mains ein für allemal gebrochen und sich gesagt hat, die süddeutsche Thorheit könne nur durch Schaden klug werden. Dieser Schaden schneidet freilich in das eigene Fleisch und Bein, aber er ist der verzehrenden Krankheit vorzuziehen, die, so lange sie mit Palliativen behandelt wird, die Gefahr einer allgemeinen Blutvergiftung in sich trägt. Die Politik des norddeutschen Bundes muß fortan auf die Waage und mit dieser rechnen. Erst wenn die Patrioten am Neckar, Lech und Isar an der Grenze ihres Witzes angekommen sind, wird sich mit ihnen reden lassen und dieser Grenze eilen sie mit starken Schritten entgegen. Bringen wir es dazu, ein clericales Cabinet in München installiert und mit der Auflösung der Zoll- und Bündnißverträge beschäftigt zu sehen, trennt die demokratische Penelope Württemberg die Gewebe wieder auf, mit denen Herr v. Arnobühler im Herbst 1866 seine Blößen deckte, werden die Bäume zu den Zollbarrieren am Main bereits gefällt und haben „Volkshote“ und „Beobachter“ es zum Rang officieller Organe gebracht, dann hat die letzte Stunde der süddeutschen Selbständigkeit geschlagen und die Aufrechterhaltung des nationalen Zusammenhangs, welche heute für eine Concession an den Norden gilt, wird vom Süden erbettelt. Unsere Armee stellt auch ohne die Contingente der Helden von Tauberbischofsheim die Grenze am Rhein sicher und wie Oestreich es anfangen sollte von der süddeutschen Verwirrung Nutzen zu ziehen, vermag auch Graf Beust nicht anzugeben.

Daß es nur auf diese Weise zum Abschluß kommen kann, steht für uns außer Frage. Der andere zum Ziel führende Weg, die Aufnahme Badens in

den norddeutschen Bund, liegt heute von der Heerstraße der Berliner Politik weiter ab als vor zwei und vor drei Jahren und nachdem man einmal absichtlich an ihm vorübergegangen, ist es unwahrscheinlich, daß man zu ihm zurückkehren werde. Der von den Beziehungen zum Süden handelnde Passus der Thronrede enthält Nichts, was zu einer Deutung in diesem Sinne berechtigte und selbst innerhalb der liberalen Nationalpartei sind die Meinungen über diesen Punkt höchst getheilt. So bleibt, wenn man nicht zu dem geschäftigen Müßiggang moralischer und diplomatischer Eroberungsspielerereien verurtheilt sein will, Nichts übrig, als den Bogen, der sich nicht biegen will, zum Brechen zu bringen. Erst aus der Nessel flagranter Gefahr kann die Blume Sicherheit gepflückt werden. Bei der Spitze seines Unsinns ist der Particularismus noch lange nicht angekommen und zu dieser Spitze muß er getrieben werden. Das ist ja gerade der Fluch unserer Zustände gewesen, daß die unverwüßliche Gesundheit und Tüchtigkeit der deutschen Natur den Particularismus von den letzten Konsequenzen seiner Niedertracht zurückhielt, ihm gewisse Lichtseiten abgewann, über seine wahre Natur täuschte und sein sieches Leben mit ihrem Blut fristete. So jämmerlich der alte Bund auch war, gewisse äußere Anstandsbrücksichten zwang er auch den der nationalen Sache feindlichsten Regierungen ab und Preußen sorgte durch den Zollverein dafür, daß die materiellen Interessen des Volks von der Selbstsucht und Kurzsichtigkeit der kleinen Souveräne nicht ganz ruinirt werden konnten.

Von den Verträgen, die ihm die Beachtung der elementarsten nationalen Anstandsbrücksichten aufzwingen und die die Nothwendigkeit einer künftigen Gesamtorganisation Deutschlands principiell anerkannten, sucht der Süden loszukommen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird sich die eigenste Natur seiner „Patrioten“ zeigen und mit der nöthigen Freiheit entwickeln können. Welchen Grund hätten wir, diese Eventualität zu fürchten, — was nöthigt uns, die moralische Banferotterklärung unverbesserlicher Gegner hinzuhalten, für ihren guten Namen eine Sorge zu tragen, welche sie selbst längst abgeworfen haben? Gebe man dem ultramontanen Ultrabayerthum denn endlich die Portion Lust und Licht, nach welcher es seit einem Menschenalter seufzt, die ihm unter Ludwig I. und Maximilian II. durch norddeutsch-protestantische Künstler und Gelehrte, unter Ludwig II. durch norddeutsche Politiker verkürzt worden sein soll! Die Herren haben ihr Lebetag alle Vortheile einer Oppositionspartei genossen, sie haben wesentlich davon gelebt, daß sie nicht zu handeln und verantwortlich zu sein brauchten. Sechs Monate ihres Regiments würden der nationalen Sache nachhaltigere Dienste erweisen, als ebenso viel Jahre einer Regierung, die vermitteln will, wo eine Vermittelung nicht möglich ist. Wenn die Militärverträge gekündigt, die von der heutigen Generation als Gespenster verachteten Zollschranken aufgerichtet sind, der

Syllabus zur Staatsreligion erhoben ist und mit Wiener und Pariser Diplomaten allen Ernstes darüber verhandelt wird, den preussischen Staat wiederum in das Marquisat von Brandenburg zu verwandeln — erst dann, aber sicher nicht früher, wird den guten Leuten und schlechten Musikanten, welche heute den Chorus der Harleß, Lucas u. s. w. bilden, das Verständniß darüber aufgehen, was mit dem Geschrei nach bayrischem Selbstbestimmungsrecht eigentlich gemeint ist.

Leider stehen die Dinge in München nicht schlimm genug, als daß auf diese rettende Eventualität bereits gerechnet werden könnte. In Berlin hat man nicht aufgehört, auf die Bundesgenossenschaft der ehrlichen Leute in München Werth zu legen und so bleibt uns nichts übrig, als jenem politischen Carneval geduldig zuzusehen und gelegentlich mit Behagen zu registriren, daß es nicht noch schlimmer geht und daß Herr K. oder Dr. J. in der zweiten Kammer ein kräftiges Wort geredet haben, das den Muth der Minorität wieder gehoben!

Inzwischen machen die Wirkungen dieses Schauspiels sich in der Lethargie bemerkbar, die allmältig die Zuschauer des Nordens ergreift und das Schaffen am eigenen Heerde hemmt. Der preussische Landtag ist geschlossen worden, ohne daß das Zustandekommen der Kreisordnung gesichert worden wäre und das Herrenhaus hat sich vor Schluß der Session noch ein Mal als der Hauptstüz des gefährlichsten preussischen Particularismus bekannt. In Sachsen, wo die zweite Kammer einen kräftigen Anlauf gegen die Ueberreste des alten Systems nehmen zu wollen schien, ist der Austrag der Hauptfragen schließlich an der Charakterlosigkeit und gewohnheitsmäßigen Abhängigkeit unserer halben Freunde gescheitert und der Zusammentritt des Reichstags wurde durch eine dreitägige Beschlußunfähigkeit inauguriert. So complicirt ist der Mechanismus unserer Bundesmaschine, so gewaltig der Anspruch, der an die Arbeitskraft der Volksvertreter namentlich Preußens gestellt wird, daß die Thätigkeit derselben starker aufregender Impulse verlangt, um auf ihrer Höhe zu bleiben, daß ruhige Tage ihnen am unerspriechlichsten sind. — Der Nachdruck, den die Thronrede auf das Verhältniß zum Süden gelegt hatte, machte es wahrscheinlich, daß die Bundesregierung von der Reichsvertretung ein energisches Bekenntniß zu dem Programm von 1866 erwarte und daß dieses die ins Stocken gerathene Bewegung der Gemüther für eine Weile in neuen Fluß setzen werde. Daß dem nicht so war, hat das Geschick der von den Freiconservativen angeregten Adresse bewiesen. Ob man wohl eine definitive Entschließung des Südens abwartet, ehe man aus der bisherigen Passivität heraustritt? Zu hoffen bleibt nur, daß die Pläne der schwäbischen Volkspartei sich verwirklichen und dem Faß den Boden einschlagen. Daß auf dem Wege freundlichen und geduldigen Abwartens nichts erreicht werden kann, steht für uns

schon lange fest. Man muß Pessimist sein, man muß auf den vollständigen Sieg der feindlichen Elemente rechnen, wenn man das Recht behalten will, auf den Abschluß der 1866 ungethanen Arbeit überhaupt noch zu rechnen.

Die äußeren Conjecturen sind freilich so beschaffen, daß sie den Schwebzustand jenseit des Main noch eine Weile fristen können, ohne die Integrität deutschen Bodens zu gefährden. Vier Wochen sind vergangen seit die österreichische Krisis durch den Sieg der Ministermajorität und den Eintritt der Herren Banhaus, Wagner und Strehmayer in die Regierung geschlossen worden — noch hat das neue Cabinet aber kein Zeichen seiner Lebensfähigkeit gegeben, im Gegentheil durch Verheißungen an die Polen das Programm Lügen gestraft, das seine Existenzbasis bilden sollte. Den Tschechen sind die Deutsch-Tiroler gefolgt und von dem guten Willen der Polen hängt es, ob der Reichsrath überhaupt competent bleibt. Wie es heißt, ist es die von Zemialkowsky geführte ehemalige Regierungspartei (die Fraction der sogenannten Mamelucken), welche besonders lebhaft für starres Bestehen auf den Landtagsresolutionen vom Sommer 1868 agitirt, welche sie bisher bekämpft hatte. In den übrigen cisleithanischen Provinzen kann das Ministerium Hasner-Giskra mindestens auf die Unterstützung einer Minorität rechnen; in Galizien, dem exponirtesten Punkt der gesammten Monarchie, hat diese Regierung nur Gegner, gar keine Freunde. Der Rücktritt Bergers und Potocki's hat, wie erwähnt, die polnischen Anhänger des Dualismus zurückgestoßen und die Ruthenen klagen, daß die Feinde der polnischen Autonomie sie noch schlimmer behandelten, als die Freunde derselben. Der Aufstand in der Boccha di Cattaro hat mit einer moralischen Niederlage der k. k. Regierung geendet, die noch trauriger ist als die militärische; an der Militärgrenze stößt die Einführung der ungarischen Civilverwaltung auf den erbitterten Widerstand der slavischen Grenzer und von Rußland her wird das resultatlose Zusammenwirken türkischer und österreichischer Behörden gegen Montenegro als Attentat auf den europäischen Frieden denunciirt.

Daß bei so bewandten Umständen von Oestreich Nichts für wirkliche Unterstützung der anti-nationalen Bestrebungen Süddeutschlands zu hoffen ist, wird in München und Stuttgart ebenso anerkannt, wie in Wien. Oestreich hat seinen Schwerpunkt bereits thatsächlich im Osten und ist nicht mehr in der Lage, denselben nach Belieben in den Westen verlegen zu können. Die Unsicherheit der Verhältnisse seiner östlichen Nachbarn gefährdet die Sicherheit Oestreichs selbst in friedlichen Zeiten wie den gegenwärtigen, fortwährend. Serbien, das den Russen zu Klagen über den allmächtigen magyarschen Einfluß Veranlassung gibt, hat seine panslavistischen Neigungen auch neuerdings durch Proteste gegen jene türkischen Truppenansammlungen an der Grenze Montenegros Luft gemacht, von denen allein russische Zeitungen

Nachrichten erhalten; in Rumänien gelingt es der Ehrlichkeit und dem guten Willen des Fürsten Karl absolut nicht Boden zu fassen und so wird die Wiener Regierung immer wieder von großrumänischen und großserbischen Gespenstern geängstigt und in die Nothwendigkeit versetzt, spähend nach Osten zu blicken. In Bukarest scheinen die Dinge wieder einer jener geheimnißvollen Krisen entgegen zu treiben, deren treibende Ursachen für Westeuropa Geheimnisse bleiben. Mit der Pfordte ist die fürstliche Regierung in einem Conflict über die Weiden von Belt-Malo-Brda begriffen, im eigenen Hause wird sie von den verschiedensten Seiten bedrängt. Den zurückgetretenen Ministern Boeresco und Cogolnitscheano haben ihre Collegen ins Privatleben folgen müssen, eine neue Regierung hat sich noch nicht gebildet und die Linke zeigt das unzweideutige Bestreben, eine solche überhaupt unmöglich zu machen. Jean Brationso und Rosetti haben in ostentivser Weise ihre Mandate niedergelegt und einen Theil ihrer Freunde zu gleichem Vorgehen bewogen, die Bewohner von Turno-Severin der neuen Dynastie durch die Wahl Cusas offen Hohn gesprochen. Jene Partei der Rothten, welche bald mit Frankreich, bald mit Rußland Hand in Hand geht, und sich immer gleich nichtsnutzig und regierungsunfähig bewiesen hat, kann den Verlust der Macht nicht verschmerzen, welche ihr durch den bekannten Artikel der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ entwunden worden und conspirirt offen gegen den Fürsten, der sich von ihren umstürzenden großrumänischen Plänen abgewandt hat.

Seinen düsteren Hintergrund hat das Ränkespiel an den Donau-Niederungen freilich verloren, seit der ägyptische Vice-König mit der Pfordte seinen Frieden gemacht, Rußland sich entschlossen hat, die Gelegenheit zur Ausführung der orientalischen Frage noch einmal unbenutzt zu lassen. Aus dem Katechismus, den der General Fadejew über Rußlands orientalische Politik veröffentlicht hat, wissen wir, warum das geschehen. Um seinen slavischen Brüdern und Vettern zur Bethätigung ihrer nationalen Gesinnung und ihrer Schlagfertigkeit Gelegenheit zu geben, muß Rußland die orientalische Frage durch einen großen Landkrieg lösen und dieser kann mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden, wenn das Eisenbahnnetz, welches das baltische mit dem schwarzen Meer, den Ural mit den Ausläufern der Karpathen verbinden soll, fertig, die große Umgestaltung der polnischen und litthauischen Verhältnisse beendet ist. Mit dieser aber geht es nicht so unaufhaltsam vorwärts wie mit dem Bau der Schienenwege, der die Versäumnisse früherer Jahre nachzuholen ernste Miene macht. Obgleich der in Moskau und Petersburg geführte Parteikampf von seiner ursprünglichen Leidenschaftlichkeit zu verlernen begonnen hat, sind die Verhältnisse in der obersten Schicht der Gesellschaft noch nicht abgeklärt genug, um Muth und Ausdauer der nationalen Pioniere am Niemen und der Weichsel aufzufrischen und die polnische Bevölkerung der

westlichen Provinzen athmet freier, als in den letzten Jahren. Darum ist die officielle Nivellirungs- und Russificirungsmaschine freilich noch nicht in Stocken gerathen: allein im abgelaufenen Monat sind 115 im ehemaligen Königreich belegene Städte zu Dörfern degradirt worden. Aber in der wichtigsten der für die alt-polnischen Länder schwebenden Fragen, der Entscheidung darüber, in welcher Sprache die katholischen Gottesdienste gehalten werden sollen, ist es zu einem Abschluß immer noch nicht gekommen. Stärker als die Staatsraison, welcher an der Auflösung des Bundes zwischen Polonismus und Katholicismus gelegen sein muß, sind die nationale Furcht vor Eindrang römischer Propaganda in das russische Volk und das nationale Vorurtheil, welches nur der orthodoxen Kirche in russischer Sprache Gottesdienst zu celebriren gestattet. Die Moskauer Zeitung mußte neulich constatiren, daß die Aengstlichkeit des Synod die Uebersetzungen protestantischer und katholischer Andachtsbücher in's Russische erst verhindert, dann um alle Brauchbarkeit gebracht habe, indem bald die Titel, bald der Inhalt orthodox gemodelt worden. Dieser eine Umstand ist für die Zukunft der litthauischen und weißrussischen Länder entscheidend, denn wenn der katholische Gottesdienst in denselben polnisch, die Identität von Orthodoxie und Ruffenthum aufrecht erhalten bleibt, ist an eine Russificirung derselben nicht zu denken. — Die russische Regierung ist während des abgelaufenen Monats nicht nur mit Prüfung zahlloser Gesuche um neue Eisenbahnconcessionen und mit Untersuchung der Tscherkessow-Netschajew'schen Verschwörung beschäftigt gewesen, sondern auch mit der Pomulgation und Ausarbeitung wichtiger neuer Gesetze. Zwei derselben haben es mit den Finanzen zu thun gehabt. Unbekümmert um die zunehmende Entwerthung der Valuta und den traurigen Stand des Wechselcourses behauptet der Budget-Voranschlag pro 1870, „die Einnahmen seien im Wachsen und die Finanzen erwerben sich eine dauernde Grundlage“. Obgleich der bekannte Artikel des „Economiste“ den Gegenbeweis ziemlich exact geliefert hat, sind die europäischen Börsen in der Laune gewesen, die neue, zum Behuf von Eisenbahnbauten aufgenommene Anleihe außerordentlich günstig aufzunehmen und binnen weniger Tage reichlich zu decken. — Die übrigen neuen Gesetze beziehen sich auf Fragen der inneren Organisation: den bisher auf die ehemals polnischen Länder beschränkt gewesenen Juden ist die Uebersiedelung in das innere Rußland unter gewissen Bedingungen gestattet, der Uebertritt des Untermilitärs in das Officiercorps erleichtert worden, endlich dem Reichsrath ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der eine Umgestaltung der Provinzialverwaltung herbeiführen und dem Ministerium des Innern größeren Einfluß auf dieselbe sichern soll.

Mit den Fragen der auswärtigen Politik ist man im europäischen Osten sehr viel weniger beschäftigt gewesen als im Westen. Das meiste Interesse

hat die dem neu eröffneten englischen Parlamente vorgelegte irische Landbill erregt, weil sie den Russen die seltene Gelegenheit bot, einem großen Culturvolk des Westens, ihre Errungenschaften vorzureiten und selbstgefällig darauf hinzuweisen, daß die Agrarfrage für Rußland ein längst überwundener Standpunkt sei. — Die irische Landbill hat in der That Zustände zur Voraussetzung, welche in dem modernen Europa keine Analogie haben und deren Behandlung im Licht unserer Tage mindestens ebenso schwierig ist, wie die auf die sociale Frage bezüglichen Probleme. Die Beziehungen zwischen großen Grundbesitzern und Cultivateurs, Pachtgebern und Pächtern waren in dem größten Theil Europas schon beim Beginn des Jahrhunderts und unter sehr viel einfacheren Verhältnissen als den gegenwärtigen geregelt worden. In Zeiten der Naturalwirthschaft war es möglich gewesen, einfach eine normirte Ablösung zu decretiren und die geschädigten Privilegirten mit der Berufung auf die Staatsraison zum Schweigen zu bringen. Dazu kam, daß bei uns in Deutschland und in den ostfranzösischen Provinzen die Rechtspräsumption herrschte, das von den Bauern besessene Land sei deren Eigenthum und nur zu Gunsten der Herren belastet. In Irland wie in Westfrankreich ist dagegen der Herr der rechtliche Besitzer, hat der Pächter, Meier u. s. w. keinen rechtlichen Anspruch an dem von ihm bearbeiteten Grund und Boden, kann und konnte von einer Ablösung mithin nicht die Rede sein. Bei uns, wo 1807 wie 1848 mit radicalen Ablösungs- und Agrar-Gesetzen in erfolgreichster Weise vorgegangen worden, wird die abweichende Natur der irischen Besitzverhältnisse in der Regel übersehen oder unterschätzt und zu der juristischen Schwerefälligkeit der Britten mit den Achseln gezuckt. Und doch hat die radicalste aller Staatsveränderungen des christlichen Zeitalters, die französische Revolution von 1789, die analogen Verhältnisse respectirt in West-Frankreich; das Eigenthumsrecht der Grundherren an den von metayers bewirthschafteten Ländereien ist durch die berühmte Augustnacht völlig unberührt und der Hauptsache nach bis heute unverändert geblieben. Daß das tief in der Creditwirthschaft stekende, von strengen Rechtsbegriffen beherrschte England die irischen Eigenthumsverhältnisse nicht in Frage stellen, nicht die von John Stuart Mill beschrittene Bahn beschreiten konnte, versteht sich darum von selbst. — Ueber die Bright-Gladstone'sche Bill, welche den (in diesen Blättern wiederholt beleuchteten) agrarischen Mißständen Irlands abhelfen sollen, liegen bis jetzt völlig erschöpfende Mittheilungen noch nicht vor. Brights vor Jahren eingebrachter Vorschlag, den Pächtern durch Staatsvorschüsse die Erwerbung von Grundeigenthum möglich zu machen, ist von der Regierung im Princip adoptirt worden, eine specielle Formulirung desselben (und auf diese kommt es wesentlich an) aber noch nicht erfolgt. Gladstone ist mit dem zweiten Theil des Gesetzes, der Bill über die Pachtreform, zuerst ins Treffen gegangen und

diese ist in der That die wichtigere. In der Hauptsache handelt es sich um drei verschiedene Systeme der Entschädigung abziehender Pächter für gemachte Aufwendungen und entmiste Pachtjahre; die Sätze für dieselben sind höher gegriffen, als in dem bekannten schottischen Pachtgesetz. Bestimmte Pachtperioden schreibt der Gesetzentwurf nicht vor; dafür wird die Verpachtung auf 31 Jahre so sichtlich bevorzugt, daß die Absicht des Gesetzgebers, diese zur normalen zu machen, zweifellos hervortritt. Obgleich die Debatte über diese Bill noch nicht begonnen hat, der erste Theil derselben noch gar nicht vorliegt, gilt die Annahme derselben für gesichert. Gladstone's bezüglichlicher Vortrag wurde von Whigs und Tories gleich sympathisch begrüßt und nur das finstere Schweigen der Vertreter Irlands erinnerte daran, daß unter den gegebenen Verhältnissen an eine vollständige Erreichung des politischen Zwecks der Gesetzgeber nicht zu denken ist, die Bill wesentlich den Charakter eines Gewissensbedürfnisses Alt-Englands trägt.

Nicht minder unversöhnlich als die Fenier Irlands zeigen sich die Radicals des kaiserlichen Frankreich. Wohl sind die verbrecherischen Tumulte, welche die Verhaftung Rochefort's begleiteten, mühelos und unter Zustimmung aller vernünftigen Leute zu Boden geschlagen worden, wohl hat das Ministerium Olivier seine bisherige Haltung vor dem gesetzgebenden Körper zu rechtfertigen vermocht und durch die That bewiesen, daß es seine Versprechungen durch eine ehrlich gemeinte Reformpolitik zu halten gedenkt; aber Frankreich ist doch nur für den Augenblick beruhigt und die gegenwärtige Ordnung der Dinge lebt von der Hand in den Mund, von einem Tage zum andern. Die Majorität, auf welche der Großsiegelbewahrer sich stützt, ist dem constitutionellen Regiment „der Versöhnung der Freiheit mit der Autorität“ ebenso wenig Freund, wie die meuternde Linke; sie unterstützt das gegenwärtige Cabinet eigentlich nur aus Gehorsam gegen den Kaiser und weil dasselbe den Reactionären für das kleinste unter den zur Zeit unvermeidlichen liberalen Uebeln gilt. Die Männer der Opposition und die liberalen Freunde der Regierung drängen darum immer heftiger auf Auflösung der unter dem alten Régime gewählten Kammer und auf die Ausschreibung neuer Wahlen, und auf die Dauer wird Olivier dem Verlangen seiner Freunde schwerlich Stand zu halten vermögen. Aber es fragt sich, ob die von denselben verfolgten Ziele zu dem vorgeschlagenen Mittel in irgend welchem Verhältniß stehen. Daß eine auf die widerwillige Unterstützung geheimer Absolutisten gestützte constitutionelle Regierung eine Calamität ist und der nöthigen Sicherheit des Handelns entbehren muß, läßt sich in der That nicht leugnen. Welche Bürgschaften liegen aber dafür vor, daß eine constitutionelle Regierung überhaupt möglich sein wird, wenn die Kammer vorwiegend aus Männern besteht, die das erregbare französische Volk unter dem Einfluß

radicaler Aufstachelungen, unter dem Eindruck allgemeiner oder doch weitverbreiteter Erbitterung gegen die Decemberdynastie nach Paris gesendet hat? Daß diese Dynastie von der Masse der Nation verurtheilt sei, brauchen wir uns von den Führern der Pariser Allarmpartei freilich noch nicht einreden zu lassen; aber hundert gegen eins ist zu wetten, daß eine frei gewählte Kammer wesentlich aus Radicalen der Rechten wie der Linken bestehen wird und daß diese die Anhänger eines wirklich constitutionellen Régimes in einen bescheidenen Winkel drängen werden. Was soll dann geschehen? Da keiner Regierung und am wenigsten der des dritten Napoleon zuzumuthen und zuzutrauen ist, daß sie sich selbst aufgebe und das Staatsruder in die Hände unwissender revolutionärer Utopisten lege, so bleiben nur zwei Möglichkeiten übrig: Wiederherstellung des Systems Rouher oder Berufung eines Ministeriums der Centren, welches von der Angst seiner reactionären Feinde lebt und diese zu Compromissen mit den Mittelparteien zwingt. Diese Möglichkeiten sind schon durch die gegebene Lage geboten; die Kammerauflösung hätte mithin keinen anderen realen Zweck als den der Beruhigung des liberalen Gewissens, des Gehorsams gegen den constitutionellen Katechismus. Dieser Ertrag ist denn doch ein zu mäßiger, als daß ihm zu Liebe ein halbsprechendes Experiment, das die Ruhe des Staats für Monate untergraben würde, geboten erscheinen könnte.

Zunächst ist das Ministerium Olivier-Daru noch im Amt und vollauf mit den Aufgaben beschäftigt, die ihm bereits bei seiner Constatuirung vorgelegt worden sind. Das neue Preß- und Wahlgesetz, die Aemendirung von Art. 75 vom Jahre VIII, die Umgestaltung der Departementalverwaltung sollen noch während der laufenden Session beendet, die Berathungen über den Handelsvertrag zum Abschluß gebracht werden. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Commission, welche diese Frage vorbereiten, beziehungsweise die in Aussicht genommene Enquête leiten soll, sichert der Freihändlerpartei das Uebergewicht und beweist, daß die Befürchtungen vor der Schwäche des Handelsministers und dem Einfluß der Thiers und Prouyer-Quertier übertrieben waren. — Einen ersten entscheidenden Schritt auf das Gebiet der auswärtigen Politik hat Graf Daru durch seine Depesche über Frankreichs Stellung zum Unfehlbarkeits-Dogma gethan. Trotz der eminenten Wichtigkeit der Sache liegen nur höchst spärliche und unverbürgte Nachrichten über dieselbe vor; die Mittheilung der Times, daß von einer eventuellen Zurückziehung des französischen Besatzungscorps aus Rom die Rede gewesen, ist zwar durch eine römische Correspondenz der Kölnischen Zeitung bestätigt worden, kann darum aber doch nicht als verbürgt angesehen werden. Aber selbst wenn die französische Regierung zu dieser Drohung noch nicht geschritten sein sollte und die Wiener Nachrichten über den Beust-

schen Protest gegen „das ominöse Dogma übertrieben“ sind, ist es ein erfreuliches Zeichen der Ermannung innerhalb der katholischen Welt, daß die beiden mächtigsten Staaten derselben sich bewogen gefühlt haben, der tapferen Minorität des Concils zu Hilfe zu kommen und einem Schritt vorzubeugen, dessen Folgen nicht ernsthaft genug angesehen werden können. Lebten wir noch in den Zeiten exclusiv protestantischer Illusionen, glaubten wir noch an eine universelle Mission des Lutherthums, so würde nahe liegen, über die bevorstehende Sprengung der römischen Zwingburg, einen möglichen Siegeszug der Ideen Luthers und Calvins über die Alpen zu triumphiren. Aber so stehen die Dinge längst nicht mehr und die gesammte europäische Cultur hat ein Interesse daran, die katholische Kirche von dem Abgrunde zurückgehalten zu sehen, an welchen sie vom Jesuitismus geführt worden ist. Daß katholisches Kirchenthum und nationales Gewissen sich in Deutschland ebenso wenig ausschließen, wie in Frankreich, ist eine der erfreulichsten Erfahrungen der letzten trüben Tage gewesen und auch das protestantische Norddeutschland hat allen Grund, von dem mannhaften Bekenntniß Act zu nehmen, das der Stiftsprobst v. Döllinger gegen die Infallibilitätsklärung und für die deutsche Sache abgelegt hat.

Literatur.

W. Müller, Politische Geschichte der neuesten Zeit 1816—1868, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Zweite Auflage. Stuttgart 1869.

Der Verfasser, durch mehrfache geschichtliche Arbeiten bekannt, hat seine politische Geschichte der neuesten Zeit überarbeitet, vermehrt und bis in die Gegenwart fortgeführt. Sie wird in dieser Gestalt nicht weniger Freunde finden als in der früheren. Das historische Material ist geschickt zusammengestellt, trotz der Gedrängtheit hat das Buch nicht einen trockenen chronikartigen Stil, sondern bildet eine ansprechende fortlaufende Erzählung, in der die Angelegenheiten Deutschlands besonders berücksichtigt und durchweg vom nationalen Gesichtspunkt aus dargestellt sind. Die Vermehrung kam namentlich den letzten Abschnitten zu Gute und der Verfasser wußte den Ertrag der verschiedenen diplomatischen Enthüllungen über die Vorgeschichte des Jahres 1866 geschickt in die Erzählung zu verweben. Diese ist fortgeführt bis in das Jahr 1868, und die Reptilienrede des Grafen Bismarck mit ihrem Appell an das deutsche Pflicht- und Ehrgefühl bildet einen wirkungsvollen Schluß.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Gårdt**.
Verlag von **F. S. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Hegler** in Leipzig.